

Der Drohnenkrieg geht auch von Deutschland aus

Rede beim Protestmarsch zum Dagger Complex, 6. Juni 2015

Beim Thema **Drohnen** bündeln sich die Aspekte Überwachung und Krieg. Militärische Drohnen sind in zweierlei Hinsicht tödlich. Aufklärungsdrohnen sammeln Daten, ihre Zielmarkierungen dienen dann konventionellen Angriffen. Die Kampfdrohnen sind schon selbst die Waffe.

Militärisch sind Drohnen kein beliebiges Mordwerkzeug unter vielen anderen, nicht nur einfach ein Tötungsinstrument mehr.

In westlichen post-heroischen Gesellschaften gilt es keineswegs mehr als ehrenvoll oder normal, dass eigene Soldaten und Soldatinnen massenhaft sterben oder verstümmelt oder traumatisiert werden. Dafür fehlt auch die Bevölkerungsbasis. Drohnen werden als Mittel der Kriegführung angepriesen, die das eigene Militärpersonal schont. Die Tendenz geht zum Krieg mit immer weniger Personal, möglichst mit Kampfdrohnen, deren Weiterentwicklung zu fliegenden Kampfrobotern schon absehbar ist.

Wir sollten aber nicht vergessen: **Ganz ohne Menschen geht es nicht:** Deshalb wirbt die Bundeswehr intensiv um Nachwuchs: in Schulen, bei Ausbildungsmessen und Jugendfestivals und in Fußballstadien. Gegebenenfalls kann auch wieder auf Zwang zurückgegriffen werden. Der Zwang zum Kriegsdienst, die sogenannte Wehrpflicht, ist nur ausgesetzt, nicht abgeschafft. Laut Wehrpflichtgesetz, das es nach wie vor gibt, ist jeder männliche Deutsche „wehrpflichtig“, es wird allerdings zur Zeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen. Das kann sich aber wieder ändern, so wie in der Ukraine und in Litauen, wo jetzt junge Männer wieder ins Militär gezwungen werden. Hier in Deutschland werden noch immer von den Einwohnermeldeämtern die Daten von Jugendlichen an die Bundeswehr weitergeleitet, inzwischen auch die Daten weiblicher Jugendlicher. Die Bundeswehr nutzt die Daten zur Zusendung von Werbematerial. Dieser Datenweitergabe kann widersprochen werden. Noch besser als ein individueller Brief wäre es, wenn der Widerspruch gegen die Datenweitergabe mit einer gemeinsamen Aktion und der öffentlichkeitswirksamen Erklärung kombiniert würde, für Krieg grundsätzlich nicht zur Verfügung zu stehen. Mehr dazu im Faltblatt **„Meine Daten sind nichts für die Bundeswehr“**.

Zurück zu den Drohnen:

Drohnen reduzieren bekanntlich die individuelle Tötungshemmung. Von einem Monitor Tausende von Kilometern vom Schlachtfeld entfernt können wie in einem Computerspiel schlimmste Massaker durchgeführt werden. Man spricht von einer Playstation-Mentalität.

Drohnen erleichtern es, Kriege politisch durchzusetzen. Bei der Entsendung von Truppen haben in westlichen Demokratien Parlamente Mitspracherechte. Für den Einsatz von Drohnen gilt das weniger. Im Libyen-Krieg waren Drohnen ein zentrales Instrument der US-amerikanischen

Luftangriffe. Die US-Regierung argumentierte, dass sie darüber nicht, wie sonst üblich, den Congress informieren und seine Zustimmung einholen müsse, weil sie keine Bodentruppen einsetze, die in Gefahr geraten könnten. Drohnen machen es einfacher, ohne parlamentarische Zustimmung Krieg zu führen, sei es wegen rechtlicher Lücken, sei es weil Drohneneinsätze viel unauffälliger sind als die Entsendung von Kampfflugzeugen, Kriegsschiffen oder Bodentruppen. Damit untergraben Drohnen die Demokratie in den Staaten, die Drohnenkrieg führen.

Der intensivste Drohnenkriegler ist bekanntlich US-Präsident Obama. Das ist auch passend. Obama ist Friedensnobelpreisträger. Also greift er bevorzugt zu einer Waffe, die propagandistisch als human und ethisch verkauft wird. Selbst wenn die sogenannten gezielten Tötungen wirklich so genau wären, wie die Drohnenpropaganda behauptet, sind sie außerhalb von Kriegssituationen rechtlich gesehen, extralegale Hinrichtungen ohne Prozess. Die mit Drohnen mordende Regierung ist Ankläger, Richter und Henker in einer Institution. Die Praxis ist noch viel mörderischer: Es sterben dabei Tausende von Unbeteiligten. Die US-Regierung neigt dazu, die von Drohnen getöteten Männer im Militärdienstalter zu Terroristen und Kombattanten zu erklären, nach der Logik: Wer getötet wurde, muss schuldig sein. Oft wird dabei die Souveränität anderer Staaten verletzt. Drohnen unterminieren das internationale Recht, das zwar leider viel zu viele Kriegshandlungen für legal erklärt, aber auch dem Krieg rechtliche Grenzen setzt.

Angeblich soll der Drohnenkrieg Terrorismus bekämpfen. Es würden zielgenau nur einige wenige Terroristen getroffen. Aber der Drohnenkrieg bewirkt das Gegenteil, wie so viele andere Kriegshandlungen auch. Die allgegenwärtige Drohnengefahr erzeugt in der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten Angst, Traumata und Ohnmachtsgefühle, aus denen sich Hass und Gegengewalt entwickeln. Die westliche Bombardierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten, ob mit Drohnen oder Kampfflugzeugen, ist, wie der Publizist Todenhöfer feststellte, ein Terror-Zuchtprogramm.

Gerade in den letzten Wochen wurde es offensichtlich: **Auch Deutschland ist am Drohnenkrieg der USA beteiligt.** Die USA unterhalten ein weltweites Netz von Stützpunkten in allen Erdteilen und Ozeanen. In Deutschland, u.a. das AFRICOM, das US-Militärkommando für Afrika in Stuttgart, der Dagger Complex hier bei Griesheim und Ramstein.

Die tödlichen Angriffe US-amerikanischer Kampfdrohnen in Nordostafrika und Südwestasien werden über die Satellitenrelais-Station auf der US-Luftwaffenbasis **Ramstein** geleitet. Ihnen fielen schon über 10.000 Menschen zum Opfer.

Warum ist Ramstein dafür so wichtig? Die Steuerzentrale der Drohnen liegt in Nevada. Doch wegen der Erdkrümmung können Signale von dort aus Drohnen im Nahen und Mittleren Osten nicht mit Hilfe nur eines Satelliten erreichen. Es ginge mit zwei Satelliten. Doch bei Verwendung

von zwei Satelliten wäre die Datenübertragung zu langsam, die Bilder kämen nicht in Echtzeit, schnelles Reagieren wäre unmöglich. Also werden die Daten mit Glasfaserleitung nach Ramstein und erst von dort aus zu einem Satelliten geschickt.

Der Drohnenkrieg mit seinen illegalen sogenannten gezielten Tötungen wird also auch von Deutschland aus geführt. Die Ausrede, dass die Drohnen aus Nevada gesteuert werden, ändert daran nichts.

Angehörige der jemenitischen Familie Ali Jaber klagen nun gegen die Bundesregierung. Die Familie hat bei einem Drohnenangriff 2012 auf eine Hochzeit Angehörige verloren. Sie fordert von der Bundesregierung „rechtlich und politisch Verantwortung für den US-Drohnenkrieg im Jemen zu übernehmen“ und die „Nutzung der Satelliten-Relais-Station in Ramstein zu unterbinden.“ In der Klageerwiderung bestritt die Bundesregierung ihre Zuständigkeit. Generell versucht sich die Bundesregierung in solchen Fällen mit Ahnungslosigkeit herauszureden. Beim Militärstützpunkt in Ramstein handelt es sich um bundesdeutsches Hoheitsgebiet. Daran ändert seine Überlassung zur Nutzung durch die Luftwaffe der USA nichts. Kommt es dort zu gesetzeswidrigem Handeln, etwa durch außergerichtliche Tötungen, unverhältnismäßige Waffeneinsätze und dergleichen, ist die bundesdeutsche Justiz in der Pflicht zu handeln, wenn solche Rechtsvergehen nicht von der Justiz der USA geahndet werden. Am 27. Mai hat das Verwaltungsgericht Köln die Klage abgewiesen. Immerhin hat das Gericht im Gegensatz zu den Behauptungen der Bundesregierung festgestellt: „Ramstein spielt eine nicht unerhebliche Rolle im Drohnenkrieg der USA.“ Trotzdem urteilte es, dass es für das Gericht keine Pflicht gebe, einzugreifen. Der Handlungsspielraum liege bei der Politik. Die Familie geht in Berufung.

Doch offensichtlich liegt es nicht im Interesse der Bundesregierung, diesbezüglich tätig zu werden. Schließlich strebt sie selbst nach Kampfdrohnen. Wenn sie den Drohnenkrieg der USA für verbrecherisch erklärte, könnte das später auf sie selbst zurückfallen. Innerhalb der NATO gibt es eine bewährte Arbeitsteilung, wonach die Bundeswehr bevorzugt die unauffällige elektronische Aufklärung übernimmt. Die Bundeswehr hat spezielle Kompetenzen in der Elektronischen Kampfführung (abk. EloKa) entwickelt. Mit Hilfe dieser Daten können andere NATO-Staaten bombardieren. Von den EloKa-Sützpunkten beobachtet sie Länder wie Libyen und Syrien und gibt die Daten an die NATO weiter. Bundeswehr und BND können unsichtbar für die Öffentlichkeit an Kriegen beteiligt sein.

Drohnen dürfen nicht isoliert gesehen werden. Sie sind technisch eingebettet in die sich rasant entwickelnde elektronische Kriegführung, politisch sind sie Teil einer insgesamt unverantwortlichen und verheerenden Kriegspolitik, die immer mehr Krieg hervorbringt, sei es im Ukraine-Konflikt oder im Nahen Osten. Vom Konzept her passen Drohnen sehr gut zum

sogenannten „Krieg gegen Terror“, bei dem die Grenze zwischen Krieg und Frieden bewusst verwischt wird.

Hauptziel von Kampfdrohnen sind Länder im **Nahen und Mittleren Osten**. Sie verstärken dort die Ohnmachtsgefühle gegenüber den Militärapparaten westlicher Länder, die oft als arrogant empfunden werden. Sie stehen gerade in dieser Region in einer unheilvollen Tradition westlicher Politik: Hier einige folgenreiche Fehlentscheidungen:

1953 wurde von den USA und Großbritannien die demokratische gewählte Regierung des Iran weggeputscht, nur weil sie einen Teil der Öleinnahmen verlangte. Die Folgen: die Diktatur des Schah, die Islamische Revolution 1979 und seitdem die Stärkung des Islamismus weltweit. Und heute beklagt man die mangelnde demokratische Tradition der Region.

1956 der völkerrechtswidrige Angriff Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten, das legal den Suez-Kanal verstaatlichen wollte. Damals wurde signalisiert, dass das internationale Recht gegenüber nahöstlichen Staaten nicht gelten soll.

1958 unterstützten die USA und Großbritannien den Militärputsch in Pakistan und beseitigten die damals noch weitgehend säkulare Demokratie. Bis dahin war es selbstverständlich, dass Commonwealth-Mitglieder parlamentarische Demokratien waren. Pakistan wurde zum Präzedenzfall dafür, dass im Commonwealth Diktaturen akzeptabel wurden, die sich dann in Afrika und Asien ausbreiteten. In Pakistan selbst wechselten sich seitdem demokratische Zwischenspiele mit Militärdiktaturen ab und der Islamismus wurde immer stärker. Heute ist Pakistan eines der Hauptziele des Drohnenkriegs, und es wird oft als ein gescheiterter Staat, als failed state, eingestuft.

2003 zerstörten die USA und ihre Koalition der Willigen in einem illegalen Angriffskrieg den Irak; dadurch wurde die Gründung des Islamischen Staats ermöglicht.

Der Drohnenkrieg und der Bombardierungsterror werden unweigerlich noch mehr Krieg und Terrorismus hervorrufen.

Kampf gegen Terror bedeutet:

Ächtung von Kampf- und Überwachungsdrohnen!

Schluss mit dem Drohnenkrieg von deutschem Boden!

Gerechtigkeit und Entschädigung für Drohnenopfer!

Schluss mit der Kriegspolitik insgesamt!

Für eine Welt ohne Überwachungswahn, Krieg und Militär!

Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer

der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hessen: